

1 Der Euro entlarvt Deutschlands Eliten

Ökonomische Erkenntnisse und ein politisches Fazit zur Tragödie Deutschlands im 20. und 21. Jahrhundert.

Teil 1: Der Rettungswahn

Von Hermann Patzak

Deutschlands Partei- und Medieneliten haben sich die Devise des portugiesischen EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso zu eigen gemacht, daß der Euro gerettet werden müsse, „koste es was es wolle“. Die Deutschen, ohne deren Steuergelder das „Abenteuer“ EU und Euro-Union gar nicht möglich gewesen wäre, tragen somit nicht nur die Hauptlast des Systems, dessen größte Profiteure sie angeblich sind, sie werden auch den größten Teil der Rettungskosten zu tragen haben. Sie haben sich bis Ende 2012 bereits auf 1,3 Bio. Euro aufsummiert.

Für Jedermann offensichtlich wurde der europäischen Fäulnisprozesses mit dem Bankrott Griechenlands, den die „Euro-Retter“ nun schon seit Mai 2010 „verschleppen“. Alle nachfolgenden Rettungspakete für Irland, Portugal, Spanien, und die „unendliche“ Geldvermehrung zur Rettung Italiens und Frankreichs durch die EZB, konnten den Verwe-sungsprozeß nicht aufhalten. Das ist kein Wunder, denn der Grundgedanke des Projektes „Gemeinsame Währung“ war von Anfang an faul und verlogen! Die Zwangsvereinigung von Völkern, Kulturen und ihren Volkswirtschaften, die in Europa über 2000 Jahre lang organisch gewachsen sind, mußte scheitern: Politische Stümper und ökonomische „Zwerge“ gaukelten eine historische Mission vor, inspiriert von angeblichen Friedens- und Wohlstandsvisionen. In Wirklichkeit waren sie nur „billige“ Erfüllungsgehilfen neo-imperialen Machtstrebens, das unter dem Deckmantel des Globalkapitalismus in dem modernen Erscheinungsbild der sogenannten „Westlichen Wertegemeinschaft“ seine Reinkarnation zelebrierte. Doch kommen wir zu den Fakten: Was hat die Griechenland-Rettung den Griechen gebracht?

- Die Arbeitslosigkeit hat sich seitdem mehr als verdoppelt¹.
- Die Staatsschuldenquote ist in den Jahren 2010-2012 von 129 % des BIP² auf 190% (allgemeine Schätzung für 2012) gestiegen.
- Das griechische Bruttoinlandsprodukt ist in der Zeit um rund 15 Prozent gesunken.³
- Das Leistungsbilanzdefizit ist trotzdem nur geringfügig zurückgegangen.

Die Situation hat sich also trotz der Finanzspritzen von über 240 Mrd. Euro (Rettungspakete 1 und 2 für Griechenland) noch weiter verschlechtert⁴. In den Fällen Irland, Portugal und Spanien läuft es nicht viel anders. Auch für Italien, das noch keine Rettungsmaßnahme in Anspruch genommen hat, wird die Lage immer bedrohlicher. Die Entwicklung

¹ Der Spiegel Nr. 20, 2012, Seite 23.

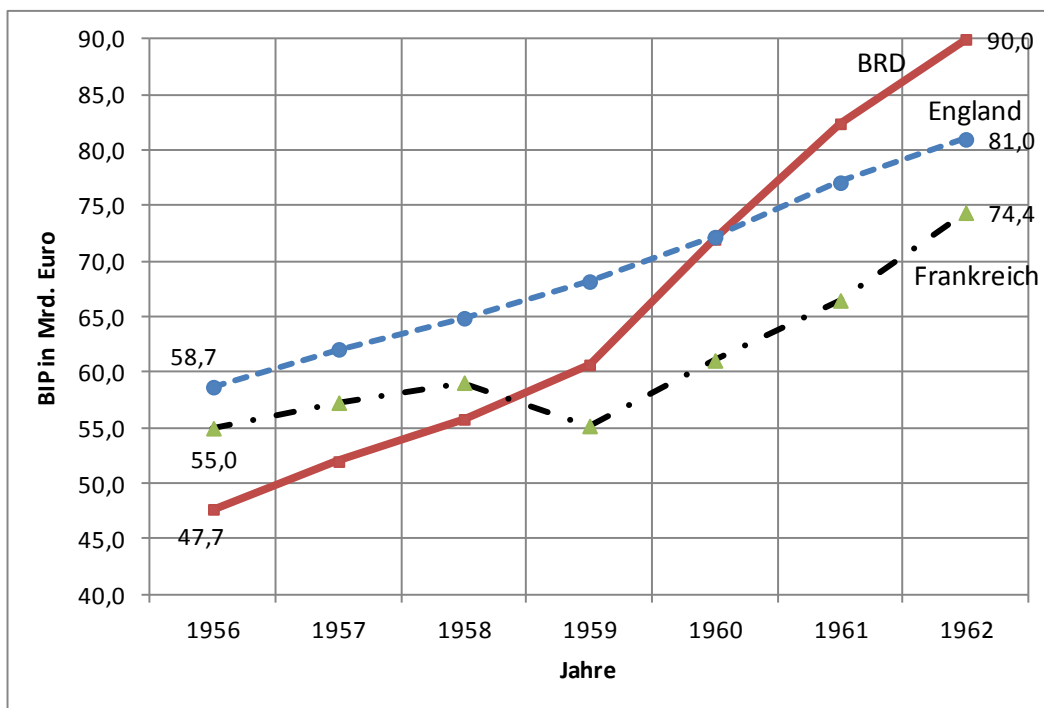
² Eurostat, download vom 23 Sep 2012 15:15:47,

³ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/griechenland/die-troika-unterbricht-ihre-arbeit-entscheidung-ueber-griechenland-schon-wieder-aufgeschoben-11899065.html>.

⁴ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/erste-und-zweite-hilfe-die-europaischen-kreditpakete-fuer-griechenland-11659848.html>.

war vorauszusehen. Mit erzwungenem Sparen kann man keine darniederliegende Volkswirtschaft aufrichten. Wer die Staatsausgaben senkt und die Steuern erhöht, löst einen negativen Multiplikator-Prozeß aus, der das Volkseinkommen um ein Vielfaches der ursprünglichen Einkommensminderung senken wird, abhängig von der Höhe der Spar- und Investitionsquote. Sinkende Einkommen aber senken wiederum die Steuereinnahmen, weshalb am Ende die Staatsschulden im Verhältnis zum Volkseinkommen (Bruttoinlandsprodukt) noch größer sein müssen als zuvor!

Die Argumentation der Euro-Retter, daß die überschuldeten Staaten zu Reformen verpflichtet werden, mit denen die Produktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit der überschuldeten Volkswirtschaften gesteigert werden soll, kann daran nichts ändern, denn solche Reformen benötigen viel Zeit – wenn sie überhaupt funktionieren. In der Weimarer Republik argumentierten die „Rat gebenden“ Ökonomen ähnlich. Damals prophezeiten sie allerdings Preissenkungen als langfristige Folgen der Einsparungen. Die kommen in einer Währungsunion gar nicht in Frage, weil die anderen Volkswirtschaften dadurch in die Depression gestürzt würden. Völlig unberücksichtigt bleibt die Problematik des **Produktivitäts-Potentials!** Das ist in Deutschland sicherlich nicht zu vergleichen mit dem Potential in Griechenland, Portugal oder Spanien! Steigende Produktivität läßt sich nicht einfach mit dem Schlagwort „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ herbeizaubern, wie die „kosmopolitische Ökonomie“ anglo-amerikanischer Prägung uns weismachen möchte. Von einem Produktivitätspotential ist bei den modernen Ökonomen des 20. und 21. Jahrhunderts überhaupt nicht die Rede. Auf dieses Potential wurde insbesondere von dem deutschen Ökonomen Friedrich List⁵ ausdrücklich verwiesen: Es kommt dabei darauf an, was die Menschen eines Volkes (einer Volkswirtschaft) mit ein und demselben Geldbetrag machen können, den man ihnen zur Verfügung stellt. Welche Unterschiede dabei allein zwischen Deutschen, Franzosen und Engländern bestehen, geht sehr anschaulich aus nachfolgender Graphik hervor⁶:



⁵ Friedrich List: „Das nationale System der Politischen Ökonomie“, 1841.

⁶ Sachverständigen Gutachten 1974/75, Anhang VI Tabelle 3: BIP in EG-Ländern, Seite 210.

Elf Jahre nach Kriegsende lag das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch 15 Prozent unter dem Frankreichs und 23 Prozent unter dem Englands. Sechs Jahre später hatte sich „das Blatt gewendet“: Das deutsche BIP war 10 Prozent größer als das englische und lag 17 Prozent über dem französischen. Das Phänomen ging als „Wirtschaftswunder“ in die Geschichte ein. Man verortete die Ursache in der sog. Marshall-Plan Hilfe und in der Abschaffung der Planwirtschaft durch Ludwig Erhard. Doch der Marshall-Plan war auf die Zeitspanne von 1948 – 1952 beschränkt, wobei Frankreich zweimal so viel und England zweieinhalb mal so viel Gelder bekam als die BRD⁷. Auch die Behauptung, das „Wirtschaftswunder“ sei auf die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft zurückzuführen, erweist sich – „bei Lichte betrachtet“ – als Legende, denn Frankreich und England hatten ja auch die Marktwirtschaft, allerdings ohne das Beiwort „Sozial“. Wenn man allerdings das Wachstum in den 6 Jahren von 1956 – 1962 von insgesamt 89 Prozent vergleicht mit dem Wachstum von 1933 – 1939, das 101 Prozent⁸ betrug, wird man erstaunt feststellen, daß sich beide Zahlen annähernd gleichen. Die Wirtschaftskraft Deutschlands muß also auf einer anderen Ursache beruhen. Warum ist keiner der „kosmopolitisch“ ausgebildeten Ökonomen deutscher Herkunft auf die naheliegende Idee gekommen, daß die Ursache im Produktivitätspotential der Deutschen liegt?

Wer die Wachstumswahlen der Graphik mit den Augen der Politiker Englands und Frankreichs betrachtet, die in Zwei Weltkriegen mit Hilfe der USA und Rußlands diese Wirtschaftsmacht niedergedrückt haben, kann sich das Schaudern gut vorstellen, das sie ergreifen mußte, als sie die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands nicht mehr verhindern konnten.

Der Euro in einer globalkapitalistischen Welt war das geeignete Mittel, um diesen gefürchteten Wiederaufstieg Deutschlands zu verhindern. Er bändigte und schwächte die deutsche Wirtschaftskraft. Doch er war für die nutznießenden Volkswirtschaften immer noch so stark, daß er sie strangulierte. Das sind die Fakten. Das sind die Erkenntnisse, die für deutsche Politiker und Ökonomen im Jahr 2012 immer noch tabu sind.

www.hpatazak.de

19.12.2012

Es folgt Teil2: Die Ursachen der Verarmung der Deutschen

⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Marshallplan#Entwicklung_des_Plans.

⁸ Das deutsche Volkseinkommen 1851 - 1957, Walter G. Hoffmann, J.H. Müller, Tübingen 1959, Tabelle 24